

**Bewerbungsbogen Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
Ganztagsversorgung Kita Mischka und Nordspatzen für mindestens 4 Jahre**

Az.: 1.5-90.70-2025/04

1. Basisdaten Bewerber

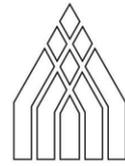
Bezeichnung des Unternehmens:	
Ansprechpartner im Verfahren:	
Straße:	
PLZ / Ort:	
E-Mail:	
Telefon:	
Fax:	
Rechtsform:	
Gründung im Jahr:	

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift

2. Einzureichende Unterlagen des Bewerbers

- **Kurze Unternehmensdarstellung (maximal 1 DIN-A-4-Seite)**
- **Vorlage Nachweis Eintragung in das Unternehmer- und Lieferantenverzeichnis (ULV) o.ä. – sofern zutreffend**
- **Alternativ zum ULV-Nachweis: Eigenerklärung für nicht präqualifizierte Unternehmen (Fbl. 124LD, ist beigelegt)**
- **Gewerbeanmeldung (Kopie)**
- **Aktueller Handelsregisterauszug (Kopie)**
- **Nachweis Berufsgenossenschaft oder vergleichbare Bescheinigungen**
- **Aktueller Nachweis branchenübliche Haftpflichtversicherung für Personen- und Sachschäden (Kopie)**



**Bewerbungsbogen Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
Ganztagsversorgung Kita Mischka und Nordspatzen für mindestens 4 Jahre**

Az.: 1.5-90.70-2025/04

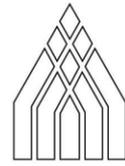
- **Referenzen über vergleichbare Dienstleistungen der Essensversorgung in Kitas oder Schulen der letzten 5 Jahre mit folgenden Angaben: Auftraggeber, Ansprechpartner, Kontaktdaten, Ausführungszeiten, Wert der Beauftragung**
- **Nachweis Qualifikation des für die Durchführung verantwortlichen Personals**
- **Eigenerklärung, dass ausschließlich Personal eingesetzt wird, das über die erforderliche Gesundheitszulassung verfügt**
- **Übersicht Nachunternehmer (Formblatt 233 VHB)**
- **Eigenerklärung zur Eignung (Fbl. 124LD)**

3. Erklärung/en, dass weder zwingende Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1 1.) bis 10.) und Abs. 4 1.) bis 2.) GWB vorliegen.

Rechtsverbindlich unterzeichnete Erklärung, dass zwingende Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1 1.) bis 10.) GWB nicht vorliegen.

Wir erklären hiermit, dass das Unternehmen bzw. eine Person deren Verhalten nach Abs 3 des § 123 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, **nicht** wie folgt rechtskräftig verurteilt worden oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuches (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89 des StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Abs 2 Nr. 2 des StGB zu begehen,
3. § 261 des StGB (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 des StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EU oder gegen Haushalte richtet, die von der EU oder ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EU oder gegen Haushalte richtet, die von der EU oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 108e des StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. Den §§ 333 und 334 des StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr),
10. den §§ 232 und 233 des StGB (Menschenhandel) oder § 233a des StGB (Förderung des Menschenhandels),



**Bewerbungsbogen Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
Ganztagsversorgung Kita Mischka und Nordspatzen für mindestens 4 Jahre**

Az.: 1.5-90.70-2025/04

Rechtsverbindlich unterzeichnete Erklärung, dass zwingende Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 4 1.) bis 2.) GWB nicht vorliegen.

Wir erklären hiermit, dass das Unternehmen

1. seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt worden ist,
2. dem öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Nichtverletzung einer Verpflichtung nach Nr. 1 nachweisen kann,

Ort, Datum

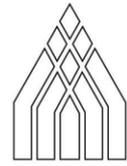
Unterschrift

Erklärung/en, dass weder mögliche fakultative Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 1 1.) bis 9.) GWB vorliegen.

Rechtsverbindlich unterzeichnete Erklärung, dass fakultative Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 1 1.) bis 9.) GWB nicht vorliegen.

Wir erklären hiermit, dass das Unternehmen **nicht**

1. bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. zahlungsunfähig ist, über das Vermögen ein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet hat, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt hat, sich im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird (Anwendung §123 Abs 3),
4. Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen konnte und somit ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht,
6. bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war und daraus eine Wettbewerbsverzerrung resultiert,
7. eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
8. in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat und in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
9. a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,



**Bewerbungsbogen Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
Ganztagsversorgung Kita Mischka und Nordspatzen für mindestens 4 Jahre**

Az.: 1.5-90.70-2025/04

b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte,

c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Ort, Datum

Unterschrift